

SPD

Redaktion: Braunschweig
Schließfach 399
Fernsprecher Nr. 2367

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Nr. 3 1/2

spd Hannover, den 25. Oktober 1946
Georgstrasse 33 - Telefon: 27001

Land Niedersachsen

Die staatsrechtliche Neuordnung des britisch besetzten Teiles Deutschlands steht mit der Bildung des Landes Niedersachsen unmittelbar vor dem Abschluss. Der Stellvertreter des Oberkommandierenden in der britischen Zone, General Robertson, teilte in der Sitzung des Zonenbeirates am 23. Oktober mit, dass künftig drei Länder in der Zone bestehen würden, Schleswig-Holstein im Norden, Niederrhein-Westfalen im Westen und zwischen ihnen gelegen Niedersachsen. Hamburg und Bremen bleiben "einstweilen" unberührt.

Das neue Land Niedersachsen wird aus den bisherigen Ländern Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe gebildet werden. Keines dieser Länder, so erläuterte der hannoversche Ministerpräsident Kopf den Vorgang der Neuordnung, werde einem anderen angegliedert werden. Sie würden alle ihre Selbständigkeit aufgeben und durch Spruch der britischen Militärbehörde neu zu einem Ganzen zusammengefügt werden. Dieser Spruch, das muss mit voller Klarheit gesehen werden, entspringt dem Wunsch der Bevölkerung Niedersachsens. Bereits im Sommer 1945, unmittelbar nach dem Ende des Krieges, haben führende Persönlichkeiten aus allen Schichten und Ständen, aller Parteirichtungen und aus allen Teilen des Gebietes den Gedanken der Errichtung eines Landes Niedersachsen zu verwirklichen versucht. Die Bemühungen, vornehmlich geleitet von dem damaligen Regierungspräsidenten, jetzigen Ministerpräsidenten Kopf, fanden ihren sichtbaren Ausdruck in einer Adresse an die neuen Besatzungsbehörden, in der am 31. Oktober der Wunsch nach Schaffung eines Landes Niedersachsen ausgesprochen

wurde. Damals gab es noch keine Erörterungen über Zonenrechte, über Zonenpolitik und über Spannungen, die daraus entstehen könnten und es gab auch keinen Anlass zu solchen Betrachtungen. Aber es gab den Willen zu einem umfassenden staatlichen Gebilde Niedersachsens, das durch keine Erinnerung an Preussen beschwert sein würde.

Es ist - vor allem in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands und neuerdings wieder von führenden Zeitungen der Kommunisten - behauptet worden, dass die Bildung neuer Staaten in Deutschland der Einheit des Reiches schade und dass sie den Abmachungen der Alliierten widerspreche, die Deutschland als Ganzes wollten. Aber die Bildung neuer Staaten ist nur eine Folge der Zerschlagung Preussens, und Preussen wurde im Grunde bereits von den Nazis zertrümmert, indem sie es nur noch als Schenken eines Landes bestehen liessen, verglichen mit der Selbständigkeit Bayerns oder anderer Länder im Reich. Aus dieser Tatsache hat die Sowjetische Militär Administration zuerst Folgerungen gezogen, indem sie Vorpommern an Mecklenburg angliederte, Reste des einstigen Schlesiens an den Freistaat Sachsen (der bezeichnend als "Bundesland" figuriert), Anhalt mit der Provinz Sachsen vereinigte, Korrekturen in Thüringen vornahm, Brandenburg als "Mark" förmlich hervorhob und den Charakter Berlins als selbständiges Gebilde entschieden änderte. Ob ein Gebiet Provinz oder Land oder gar Bundesland heisst, braucht an seinem staatsrechtlichen Status nichts zu ändern. Es wird niemand bestreiten wollen, dass der Status aber dieser genannten Gebiete im Osten einander völlig gleich ist. Der Präsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat die gleichen Rechte und Pflichten wie der in Halle residierende der Provinz Sachsen. (Übrigens: warum "Provinz", Teil welches Ganzen?) Der Ministerpräsident Hannovers betonte, als er über die kommenden Massnahmen zur Errichtung Niedersachsens sprach, dass die Bezeichnung eines Gebietes solange gleichgültig bleibe, wie der Wille unzweideutig sei, jedes Land in Deutschland als einen Teil des Reiches zu sehen, zu formen und (in diesem Falle) Deutschland aufzubauen, indem Niedersachsen als nächstes Fundament entsteht. Wir meinen, dass diese Auffassung die Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung ist. Hannover sei gut, sagte Schunacher in der ersten politischen Aussprache Ende August im damals neu gebildeten Hannoverschen Landtag, Deutschland aber sei besser, sei das Ziel aller Arbeit. Das Wort gilt nicht minder

in Niedersachsen und es gilt umso mehr, als in Aussicht genommen ist, als-
 bald nach der Neuordnung, die mit grösster Beschleunigung vorgenommen wird,
 einen Rat der Länder der britischen Zone nach dem Muster des Länderrates in
 Deutschland zu schaffen. Er soll eine Institution sein, mit deren Hilfe
 die Einheitlichkeit der Rechtsschöpfung in den zunächst noch nicht unter
 zentraler deutscher Leitung stehenden Ländern erreicht werden soll, keine
 Nebenregierung und auch kein Ersatz dafür, sondern ein weiterer Schritt auf
 dem Wege zur Reichsregierung, die das Ziel und die nächste Aufgabe aller
 deutschen Politik bleibt.

m/2/2510/2/he -----

Die Stimme eines neuen Deutschland

=====

Ein Sonderberichterstatte der Londoner "News Chronicle", G.L.Solon, veröf-
 fentlicht in seiner Blatte eine Biographie Dr.Kurt Schumachers, die ihn
 als den eigentlichen Sieger der Berliner Wahlen charakterisiert.

"Dr.Kurt Schumacher, der Führer der Sozialdemokratischen Partei, gross,
 schlank, gewann den Hauptsieg bei den Berliner Wahlen, obwohl sein Name
 nicht auf den Stimmlisten stand. Denn es war Dr.Kurt Schumacher, der den
 Vorfeldzug der SPD leitete, der die Hauptströme in seine Partei-Linie
 lenkte und der durch die Gesamtsumme der Wahlstimmen, die die Berliner den
 Sozialdemokraten gaben, in die Position des führenden deutschen Kopfes rück-
 te - soweit es heute einen solchen geben kann. Schumacher wird jetzt als
 Deutschlands stärkste politische Persönlichkeit angesehen, und sein Name
 wird, wenn ich mich nicht täusche, in den vor uns liegenden mageren Jah-
 ren häufig in den Schlagzeilen zu finden sein. Er ist ein Mann, den zu be-
 achten sich lohnt. Er ist nicht robust. Sein graues, zerfurchtes Gesicht
 und seine eingefallenen Wangen sind geradezu symbolhaft für Deutschland von
 heute. Er spricht schnell und mit beissendem Humor und macht keinen Versuch,
 seine Ansicht zu verbergen oder zu tarnen.

Schumacher ist jetzt 51 Jahre alt. Zehn Jahre davon verbrachte er in
 Konzentrationslagern. "Diese zehn Jahre haben mich nicht sehr stark
 beeindruckt", sagte er trocken. "Ich hänge nicht sehr an den materiellen
 Dingen des Lebens". Er ist unverheiratet und lebt im Hause seiner Schwe-
 ster in Hannover. Er sei, so spöttelt er, nur mit der Politik verheiratet
 und eine Frau würde mit ihm nicht sehr glücklich werden. Während des Krie-
 ges 1914/18 verlor er seinen rechten Arm. Als Sozialdemokrat gehörte er
 dem Reichstag und auch dem württembergischen Landtag an.

Als stets schneidiger Kämpfer gegen die Nazis war er einer der er-
 sten, den die Gestapo aufsuchte, als Hitler 1933 an die Macht kam. Die
 Verlagerung der Kommunisten, sich mit den Sozialdemokraten im Kampf gegen
 den Nazismus zu vereinen, hinterliess in ihm starken Eindruck und erklärt
 vielleicht zum Teil seine jetzige Einstellung gegen die Kommunisten und
 seine ehemaligen Kollegen, die sich mit den Kommunisten in der SED zusamen-
 schlossen. Misstrauen und Erbitterung sind die schwächsten Glieder seines
 Werkzeuges und werfen den Schatten eines verzehrenden Grolls auf ihn. Er
 gibt schnelle und unverantwortliche Erklärungen abgeben, wie z.B. jüngst,
 als er versicherte, Dr.Schacht sei eingeladen worden, eine massgebende
 Rolle in der britischen Besatzung zu bekleiden. Aber bei all seinen
 Fehlern ist er zweifellos ein Mann von Format. In immer steigendem Masse
 akzeptieren die Deutschen seine volle, leicht rauhe Stimme, die Freund
 und Feind unverblümt die Wahrheit sagt, als die Stimme eines neuen und

Das Volk als Industriebherr

Minister Bevin auch auf die bedeutende Rolle der deutschen Industrie innerhalb der europäischen Gesamtindustrie und auf die Auffassungen eingegangen, die in der englischen Regierung über die Organisation und Aufgabe dieser Industrie herrschen. Der Kern seiner Ausführungen waren zwei Forderungen: die deutsche Industrie aus den Händen einiger weniger Magnaten herauszunehmen und sie nach Beendigung des gegenwärtigen Zwischenstadiums einer direkten Kontrolle durch englische Stellen dem deutschen Volk selbst als Eigentümer und Betriebsführer zu übergeben.

Das sind Peststellungen, die für die Zukunft der deutschen Wirtschaft von unstützender Tragweite sind. Diese von englischen Aussensinnern ausgesprochene Auffassung erkennt auf der einen Seite an, dass Deutschland nur als ein entwickeltes Industrieland die deutsche Lebensgrundlage schaffen kann. Sie fällt auf der anderen Seite das Todesurteil über das privatkapitalistische Industrierittertum und erklärt die Überführung der grundlegenden Industrien in das Eigentum des Volkes als Aufgabe von besonderer Dringlichkeit. Damit stellt sich die englische Regierung auf den Boden deutscher Notwendigkeiten im Gegensatz zu der privatkapitalistischen Haltung der USA und der kolonialimperialistischen Praxis Russlands, die sich in der Einverleibung der Hauptindustrien der Ostzone in russisches Staatseigentum ausdrückt.

Wir würden dieser politischen Beweisführung misstrauen, wenn sie nicht durch die wirtschaftsgesellschaftliche Entwicklung untermauert wäre. Tatsächlich hat der Kapitalismus durch die ihm inwohnenden Gesetze die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse früherer Zeiten selbst ausgehöhelt. Der schaffende Unternehmer von ehedem hatte in organisierten Grosskapitalismus seine wirtschaftlichen Aufgaben bezahlten Beamten überlassen und war ein kuponabschneidender Rentenkapitalist geworden, der seine Aufgaben im Rahmen der Gesamtwirtschaft verloren hat und keine Lücke hinterlässt, wenn er verschwindet.

General Robertson hat vor dem Zonenbeirat den Begriff "Verstaatlichung" gebraucht. Die Überführung in das Gemeineigentum des Volkes ist aber keineswegs identisch mit dem Begriff "Verstaatlichung". Wir müssen verlangen, dass mit dem Abbau des Monopolkapitalismus zugleich eine Entbürokratisierung der Wirtschaft erfolgt. Unter dem Zepter der Bürokratie würden sich gerade in Deutschland bei der anerzogenen Staatsvergottung aus verstaatlichten Grossbetrieben neue Industrieherzogtümer bilden. Deshalb ist für uns neben der politischen Kontrolle der Parlamente der wirtschaftsdemokratische Aufbau durch Einschaltung der Gewerkschaften und der Verbraucher einschliesslich der Handwerker und der freien Einzelunternehmer von ausschlaggebender Wichtigkeit.

Die Notwendigkeit, dass Deutschland ein Industrieland bleiben muss, unterstrich Minister Bevin auch durch die Tatsache, dass er die Erhöhung der deutschen Stahlproduktion auf elf Millionen Tonnen bekanntgab. Das ist im augenblick eine theoretische Zahl, zeigt aber für die Gestalt unserer Zukunft wegen der Bedeutung, die die Stahlerzeugung für den Beschäftigungsgrad unserer Wirtschaft und den Wiederaufbau unseres Landes hat, einen grundsätzlichen Gesinnungswandel an, der seinen Niederschlag in der Wiedereingasetzung stillgelegter Stahlwerke und in dem Ende wirtschaftlich-unvernünftiger Demontagen finden muss.

Blatt 5

Die russische Verhandlungspsychologie

Pariser Erfahrungen von Harold Nicolson

Der britische Schriftsteller und Journalist Harold Nicolson, der der Pariser Konferenz in ihrem ganzen Verlauf beiwohnte, gibt seine Eindrücke in einer Artikelserie des "News Chronicle" wieder. Besonders bemerkenswert sind ein paar psychologische Hinweise auf die äusseren Gründe für die zahlreichen sowjetisch-angelsächsischen Meinungsverschiedenheiten und Empfindlichkeiten. Die Bemerkungen Nicolson's stimmen übrigens in vielen Punkten mit Beobachtungen überein, die während der kurzen Spanne der Existenz des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes vom 23.8.1939 von deutschen Experten seinerzeit beobachtet wurden.

Als die vier entscheidenden Gründe für das ständige Missverstehen sieht Nicolson folgende an:

1. Das wichtigste ist das Problem der Sprache, und zwar nicht etwa die Schwierigkeit des Übersetzens, sondern die tiefe Divergenz in der Methode, wie die Sowjet-Vertreter ihre Worte gebrauchen. Die Russen kennen keine vorsichtige diplomatische Sprache und daher auch nicht eine vage Konferenzsprache wie sie von der westlichen Welt geübt wird, um alle Möglichkeiten des Kompromisses und eines Ausweichens offen zu halten. Jede auch nur hingeworfene Bemerkung angelsächsischer Delegierter wurde, nach Auffassung Nicolson's, als eine bündige und amtliche Erklärung aufgefasst. Auf der anderen Seite verstanden die Engländer nicht die stereotypen Formeln der sowjetischen Phraseologie. Oft fassten sie sowjetische feststehende Begriffe als beleidigend auf, die gar nicht beleidigend gemeint, sondern einfach nur dem Vokabular der sowjetischen Parteisprache entnommen waren.

2. Die Sowjets übten einen starken Einfluss auf die Geschäftsordnung und auf alle damit im Zusammenhang stehenden Formeln aus, denen sie ausserordentliche Bedeutung beimessen. Wieder und wieder griff insbesondere Wjatschinsky, auch bei den kleinsten Verstössen dieser Art, die vielleicht nur einem Humanisten alter Schule aufgefallen wären und die man tatsächlich oft nur als einen sprachlichen Schnitzer bezeichnen konnte.

3. Die Russen sind auch nicht an Diskussionen und an ein Geschäftsgebahren gewöhnt, wie sie in der westlichen Welt für diplomatische Verhandlungen dieser Art üblich sind. Ihre Meinung ist einfach festgelegt und sie weichen wenig davon ab. Sie geben wenig nach und erwarten auch nicht, dass die andere Seite viel nachgibt. Aus diesen Gründen waren alle Polemiken in der Diskussion sofort schwerwiegender Natur, aber nach Meinung Nicolson's ist es falsch, die Schärfe dieser russischen Polemiken nur gleich als Beleidigung oder als systematische Obstruktion aufzufassen.

4. Was die Briten und Amerikaner schliesslich besonders irritiert, war der Dogmatismus der Russen. Man hatte den Eindruck, als ob die Russen danach strebten, stets darzulegen, dass sie allein im Recht seien, während sie den Verhandlungspartner stets falsche Motive unterschoben. Es herrschte die Tendenz vor, die angelsächsischen Vertreter, die sich auf das lebhafteste bemühten, zu Kompromissen zu gelangen, die für beide Seiten annehmbar wären, einfach als Gegner zu behandeln. Dadurch wurde die Diskussion häufig sehr schwierig.

Nicolson schliesst diese psychologischen Bemerkungen mit dem Hinweis, dass Gewohnheiten des Denkens und des Gedankenausdrucks bei den Russen tatsächlich völlig verschieden von denen der angelsächsischen Welt seien und dass allein dadurch eine fruchtbare Zusammenarbeit auf das äusserste erschwert worden ist.

Absinkende Bevölkerungszahlen in USA.

Im Jahre 1790 waren die Vereinigten Staaten ein kleines Land mit weniger als vier Millionen Einwohnern. Seitdem ist die Bevölkerung um mehr als das 35fache gestiegen. Mit 141 Millionen Einwohnern sind die Vereinigten Staaten die viertgrösste Nation der Welt.

Nach den neuesten Berechnungen wird die Bevölkerung in immer langsamer werdendem Tempo wachsen und mit 165 Millionen im Jahre 1990 die Maximalhöhe erreicht haben.

Der Hauptgrund für dieses Absinken der Bevölkerungszunahme ist die Beschränkung der Kinderzahl in den Familien.

("New York Times Sunday")

Frankreich: steigende Geburtenrate

Nach dem ersten Weltkrieg war die französische Geburtenrate von 770.000 im Jahre 1915 auf durchschnittlich 446.000 in den folgenden Jahren gefallen. Nach dem zweiten Weltkrieg dagegen ist ein Geburtenanstieg zu verzeichnen, wie er seit 50 Jahren nicht beobachtet worden ist. Für 1947 werden 750.000 Geburten erwartet, das heisst 100.000 mehr als im Durchschnitt der Jahre vor dem zweiten Weltkrieg.

("America")

Russischer Anleihe-Verzicht?

Es liegen Anzeichen dafür vor, dass sich die russische Regierung mit dem Gedanken trägt, auf die ursprünglich mit so grossem Nachdruck angestrebte Milliarden-Anleihe bei Amerika zu verzichten. In amerikanischen Wirtschaftskreisen macht man in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass sogar eine dritte amerikanische Einladung zur Eröffnung von amerikanisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen ohne Antwort geblieben ist. Zumindest hält man es für ganz unwahrscheinlich, dass eine Anleihe noch in nächsten Jahre zustandekommen wird. Man muss annehmen, dass diese russische Haltung durch das allgemeine politische Klima der Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion stark mitbestimmt werden.

Verantwortlich: Fritz Säger, Hannover.